Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Inneres,
Sicherheit und Ordnung**

22. Sitzung
28. Januar 2013

Beginn:	10.02 Uhr
Schluss:	13.13 Uhr
Anwesenheit:	siehe Anlage
Vorsitz:	Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Es erfolgen keine Anträge oder Wortmeldungen zur Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Konzept für ein Aussteigerprogramm bei der Rockerkriminalität in Berlin** (auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)	0078 InnSichO

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs zu Punkt 1.

Herr Abg. Schreiber (SPD) begründet den Besprechungsbedarf.

Im Rahmen der Aussprache nehmen Herr Senator Henkel (InnSport), Herr Polizeipräsident Kandt und Herr Kriminaldirektor Wilhelms (Leiter des Dezernats 44 des Landeskriminalamts – Qualifizierte Eigentumsdelikte und Organisierte Kriminalität) Stellung.

Im Anschluss an die Aussprache wird die Besprechung abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 0081
Drucksache 17/0610 InnSichO
Abschiebehaft abschaffen – Flucht ist kein Verbrechen!

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum eigenen Antrag vor. Dieser lautet:

„Der Antrag Drucksache 17/0610 ‚Abschiebehaft abschaffen – Flucht ist kein Verbrechen!' wird wie folgt geändert:

‚In Ziffer 2 wird ‚§ 57 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)' durch ‚§§ 62, 62 a Aufenthaltsgesetz (AufenthG)' ersetzt.'"

Frau Abg. Bayram (GRÜNE) begründet den Antrag und den Änderungsantrag.

Der Ausschuss räumt Herrn Abg. Reinhardt (PIRATEN) das Rederecht nach § 25 Abs. 6 S. 1 GO Abghs hinsichtlich der gesamten Sitzung ein.

Im Rahmen der Beratung nimmt Herr Senator Henkel (InnSport) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und der CDU die Annahme des o. g. Änderungsantrags. Im Ergebnis beschließt er mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion, dem Plenum die Ablehnung des geänderten Antrags – Drucksache 17/0610 – zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Mitteilung – zur Kenntnisnahme – 0044
Drucksache 17/0243 InnSichO
Reform des Rückkehrrechts von Ausländerinnen und Ausländern im Aufenthaltsrecht
(auf Antrag der Fraktion Die Linke, der Piratenfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Abg. Bayram (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Herr Senator Henkel (InnSport) Stellung. Auf Anregung von Herrn Abg. Kleineidam (SPD) kommen die Ausschussmitglieder überein, diesen Punkt aufgrund des weiterhin bestehenden Besprechungsbedarfs zu vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 0089
Drucksache 17/0757 InnSichO
Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen

Frau Abg. Bayram (GRÜNE) begründet den Antrag.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Senator Henkel (InnSport) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion, dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/0757 – zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke 0035
Drucksache 17/0191 InnSichO
Mehr Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge – Residenzpflicht abschaffen

Herr Abg. Taş (LINKE) begründet den Antrag und reicht einen Änderungsantrag mit dem Inhalt, das Berichtsdatum des 30. Juni 2012 durch das Berichtsdatum des 30. April 2013 zu ersetzen, ein.

Im Rahmen der Beratung nimmt Herr Senator Henkel (InnSport) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion die Annahme des o. g. Änderungsantrags. Im Ergebnis beschließt er mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion, dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/0191 – auch mit geändertem Berichtsdatum zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Herr Polizeipräsident Kandt und Herr Senator Henkel (InnSport) beantworten die durch die Fraktion Die Linke im Vorfeld der Sitzung schriftlich eingereichten Fragen zum Themenkomplex „Planungen der NPD zum 1. Mai“. Diese lauten:

„Welche Erkenntnisse hat der Senat über geplante oder bereits angemeldete Aktivitäten der NPD am 1. Mai 2013 in Berlin?

Welche Erkenntnisse hat der Senat über eine von der NPD geplante Demonstration am 1. Mai 2013, die in Berlin-Schöneweide stattfinden soll? Liegt hierzu eine polizeiliche Anmeldung vor?“

Auf Nachfrage von Herrn Abg. Wolf (LINKE) sagt Herr Polizeipräsident Kandt zu, den Ausschuss schriftlich über die genauen Straßenzüge der angemeldeten Demonstrationen zu informieren, sobald auf der Basis der Anmeldergespräche die endgültige Route mitsamt der Auflagen gerichtsfest feststehe.

Herr Senator Henkel (InnSport) beantwortet eine Frage des Herrn Abg. Lux (GRÜNE). Diese lautet, ob der NSU außer des bisher bekannten Trios aus noch weiteren Personen bestanden habe.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (23.) Sitzung findet am 18. Februar 2013 statt.

Der Vorsitzende	Der Schriftführer
Peter Trapp	Dirk Behrendt